

Dokumentation:

DIETER PETZINA

MATERIALIEN ZUM SOZIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN WANDEL IN
DEUTSCHLAND SEIT DEM ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS

Vorwort des Herausgebers

Im ersten Band dieser Zeitschrift wurde in einem Aufsatz „Zeitgeschichte als Aufgabe“ gegenüber der „Zersplitterung auf dem Gebiet der Materialveröffentlichung“ in Aussicht genommen, „heimatlos“ gewordene geschichtliche Dokumente zur jüngsten Vergangenheit und die Ergebnisse von Befragungen sowie überhaupt das sogenannte „sekundäre“ Archivmaterial an einer Stelle, eben in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, zu veröffentlichen, statt sie einem mehr oder weniger zufällig sich anbietenden Publikationsort oder der Nichtbeachtung zu überlassen. Dieses Programm ist konsequent durchgeführt worden, so daß seit mehr als sechzehn Jahren in jedem Heft unter der „Dokumentation“ entsprechendes Material mit Vorbemerkungen des jeweiligen Herausgebers veröffentlicht worden ist. Es haben sich darunter Stücke von großem Quellenwert befunden, und im ganzen hat sich die Rubrik, wie nach vielen Bezeugungen angenommen werden darf, als ein wertvolles Instrumentarium der Forschung und auch als sehr willkommen zur Information eines breiteren Leserkreises erwiesen. Es soll an ihr in aller Regel festgehalten werden.

Es ist jedoch geplant, den Rahmen zu erweitern, nicht nur durch stärkere Berücksichtigung der Jahre nach 1945, soweit dafür Stoff sich anbietet, sondern insbesondere auch der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Aspekte. Bei der letzteren Zielsetzung wird eine Änderung des Typus „Dokumentation“ von Zeit zu Zeit empfehlenswert sein, wofür im folgenden ein erstes Beispiel vorgelegt wird. Auch statistische Materialien sind ja Rohstoff, sind Quellen im weiteren Sinne des Wortes, die nicht anders wie Geschichtsquellen im üblichen Sinne der Erschließung durch Interpretation bedürfen. Auch für Darbietungen solcher Art soll die Überschrift „Dokumentation“ beibehalten werden.

H. R.

I. Vorbemerkung

In der folgenden Dokumentation werden statistische Materialien zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart dargeboten. Wegen ihres besonderen Gewichts nicht nur für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, sondern ebenso sehr für den Verlauf der politischen Geschichte stehen zwei Fragen im Mittelpunkt: Zum einen die nach der regionalen Differenzierung wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen Wandels, zum anderen jene nach der sich ändernden sozialen Schichtung im 20. Jahrhundert. Diese zwei Teilaspekte sind seit dem vorigen Jahrhundert entscheidende Charakteristika des sozioökonomischen Prozesses und insofern auch wichtige Ursachenfaktoren politischen Handelns insgesamt.

Regionale Sonderentwicklungen zu beobachten heißt zuvörderst, dem Verständnis jenes Phänomens beschleunigten wirtschaftlichen Wachstums, das man allzu

verkürzt die „industrielle Revolution“ genannt hat, näherzukommen. Vieles deutet darauf hin, daß sich wirtschaftliches Wachstum in einer Abfolge von ökonomischen Gewichtsverschiebungen vollzog und nicht zuletzt mit räumlicher Differenzierung verbunden war¹. Wenn dies so ist, dann bietet sich die regionale Analyse im Sinne der Untersuchung von Teilen einer größeren räumlichen Einheit als wichtiges Hilfsmittel an, wirtschaftliche und soziale Veränderung zu beschreiben und zu erklären. Für den Wirtschaftshistoriker wird die Regionalanalyse seit dem 19. Jahrhundert besonders bedeutsam, da erst im Verlauf der Industrialisierung übergeordnete Einheiten – nationale Volkswirtschaften – entstanden und somit auch Regionen im obigen Sinn, deren Vergleich Rückschlüsse auf einen Gesamtprozeß erlaubt. Überspitzt ließe sich formulieren, daß Regionalismus als besondere räumliche Profilierung, die sowohl das Bewußtsein des Besonderen wie auch das Wissen um ein größeres Ganzes voraussetzt, eine Folge der industriellen Revolution war.

Die politische Relevanz regionaler und sozialer Differenzierung seit dem 19. Jahrhundert ist gerade im Falle Deutschlands evident, da die Frage des Verhältnisses der Einzelstaaten zum Reich, die Frage des Föderalismus insgesamt stärker als jedes andere Problem die innenpolitische Szenerie in den vergangenen 100 Jahren beherrscht hat. Regionaler Wandel wird für die politische Geschichte besonders dort bedeutsam, wo er für die Entstehung politischer Ideologien, Verhaltensweisen und Entscheidungsprozesse maßgeblich war. Die Ostmarkenideologie mag als besonders wichtiges Beispiel dafür dienen, wie eng sich ökonomisch-soziale Veränderungen mit innenpolitischen Konflikten verzahnten. Sie entstand nicht zufällig bereits zu dem Zeitpunkt, als die Industrie die Landwirtschaft in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung überholte und die agrarisch geprägten preußischen Ostprovinzen wirtschaftlich immer stärker gegenüber dem Westen zurückfielen. Die Ideologiebildung war hier wie in vielen anderen Fällen eine Defensivreaktion auf volkswirtschaftliche, speziell regionale Umschichtungen; diese schufen im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht nur ein Ost-West-Problem, sondern verschärften auch die politisch vorgegebene Nord-Süd-Frage durch das wachsende ökonomische Gefälle. Man denke aber auch an die mähliche Auflösung Altpreußens, verursacht durch den sozialen Wandel und die ökonomische Schwerpunktverlagerung von Ost nach West², die zum Teil ebenso Folge regional-wirtschaftlichen Gefälles war wie – in der Gegenwart – die Frontenbildung im Streit um die Finanzreform, einem der wichtigsten innenpolitischen Konflikte seit dem Bestehen der Bundesrepublik.

Drei Indikatoren dienen im folgenden dem Ziel, regionale Veränderung und soziale Schichtung zu dokumentieren und damit wichtige Erklärungselemente für zentrale Fragen politischer Geschichte zu liefern: Die regionale Verschiebung der

¹ Hierzu Knut Borchardt, Regionale Wachstumsdifferenzierung im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des West-Ost-Gefälles, in: *Wirtschaft, Geschichte, Wirtschaftsgeschichte*, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966.

² Siehe Karl-Erich Born, Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 50 (1963), S. 361 ff.

Bevölkerung, die Änderung der Erwerbsstruktur und schließlich die Entstehung und Verteilung des Volkseinkommens sowohl unter dem Aspekt regionalen Wohlstandsgefälles als auch unter dem wirtschaftlicher Differenzierung. Die Auswahl der Indikatoren erfolgte einmal nach ihrer Bedeutung für die hier interessierende Fragestellung, regionalen und sozioökonomischen Wandel zu verdeutlichen, zum anderen auch unter dem Gesichtspunkt der Quellenlage. Auf diese Weise wird zwar nur ein relativ schmaler Ausschnitt struktureller Änderungen erfaßt, der aber gewichtige Hinweise für den sozialwirtschaftlichen Gesamtprozeß ergibt.

Die Quellenbasis dieser Dokumentation bildet die Statistik, die dank der Quantifizierung wirtschaftlicher und sozialer Tatbestände zur hier beabsichtigten „Handreichung“ von Grundinformationen besonders geeignet ist. Das statistische Material wird nach den erwähnten Fragestellungen ausgewählt, aufbereitet, in Tabellenform dargeboten und jeweils kurz erläutert, um seine Verwendung zu erleichtern. Die genannten Indikatoren gliedern sich dann wie folgt:

1. Regionale Entwicklung der Bevölkerung im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland 1871–1967, ergänzt durch die Statistik der Wanderungsbewegungen und Verstädterung vor dem Ersten Weltkrieg und nach 1950 (Tabellen 1–6).
2. Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen und sozialer Stellung im Beruf 1882–1967 (Tabellen 7–9) sowie deren regionale Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen (Tabellen 10 und 11).
3. Wachstum des Sozialprodukts (Tabelle 12), Aufbringung des Volkseinkommens (Sozialprodukts) nach Regionen (Tabellen 13–15) und die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche insgesamt und je Beschäftigten (Tabelle 16).
4. Verteilung des Volkseinkommens nach den sozialen Gruppen der Selbständigen und Abhängigen (Tabellen 17–19), die personelle Einkommensentwicklung (Tabelle 20) sowie die Entwicklung der Abhängigen-Einkommen, aufgeteilt nach Arbeitern und Angestellten (Tabellen 21a und 21b) und nach dem Geschlecht (nur für die Bundesrepublik; Tabelle 22).

Die hier benutzte Statistik – statistische Jahrbücher des Reiches bzw. der Bundesrepublik, sonstige Periodika („Wirtschaft und Statistik“) und Untersuchungen zu speziellen Sachbereichen (Volks- und Berufszählungen, Steuerstatistik, Gewerbezahlungen usw.) – umfaßt präzise Erhebungen wie fehlerbehaftete Stichproben und Schätzwerte. Daneben erweist sich die nichtamtliche Schätzung bei allen Fragestellungen, zu denen keine offiziellen Ergebnisse vorhanden sind, als unentbehrlich. Als besonders wichtiges Beispiel sind hier die Rückrechnungen des deutschen Volkseinkommens bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts³ zu nennen, die zugleich ein allgemeines Dilemma historischer Statistik verdeutlichen: Volkseinkommen und Sozialprodukt sind wie andere ökonomische Begriffe sehr jungen Datums und waren im

³ Walter G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1965.

vorigen Jahrhundert selbst als Bezeichnungen noch unbekannt. Alle Angaben für die Größe des Volkseinkommens bis zum Ersten Weltkrieg, sind daher mehr oder minder gute Schätzungen, die zwar die relative Veränderung einigermaßen verlässlich wiedergeben, in der Feststellung der absoluten Größenordnung aber oft genug recht problematisch sind. Hier und in ähnlichen Fällen, in denen sich Rückrechnungen als einzige Quelle anbieten, wird man scheinbar exakte Zahlen stets nur mit Einschränkungen verwenden können.

Auf eine weitere Schwierigkeit des statistischen Materials sei hier noch verwiesen, die gerade im Falle Deutschlands jeden Vergleich über längere Zeiträume erschwert: Allein in den letzten fünfzig Jahren haben sich die Gebietsgrenzen als Folge der Weltkriege zweimal grundlegend verschoben. Daneben gab es, bedingt durch den föderativen Aufbau, eine Fülle kleinerer Veränderungen innerhalb des Reiches bzw. der Bundesrepublik. Dem Dilemma nichtidentischer Territorien läßt sich teilweise dadurch ausweichen, daß man spätere Berechnungen für das verkleinerte Gebiet zugrunde legt. Dieses Verfahren hat den Vorteil vergleichbarer Zeitreihen, ignoriert jedoch, daß die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse jeweils in einem bestimmten Territorium abgelaufen sind und bei anderem Gebietsstand möglicherweise einen anderen Verlauf genommen hätten. Da Nachteil gegen Nachteil steht, wird jeweils im konkreten Fall entschieden, ob vom gleichen oder vom jeweiligen Gebietsstand ausgegangen wird. Nach 1945 komplizierte sich diese Raumfrage mit der Herausbildung zweier Staaten auf deutschem Territorium und der Abtrennung der Ostgebiete vollends. Angesichts der Schwierigkeit des Vergleichs ost- und westdeutscher Statistiken, der gesellschaftlichen Auseinanderentwicklung beider Teilstaaten und der weitgehenden Unterbrechung der vor 1945 engen wirtschaftlichen Verflechtung beschränkt sich die Dokumentation hier auf die Bundesrepublik Deutschland.

Die angedeuteten Schwierigkeiten – territoriale Veränderung, ungenaue Schätzung, wechselnde Systematik und Begriffsbildung – sollten jene kritische Distanz vermitteln, die die sinnvolle Verwendung derartigen Materials erfordert. Erst dann fördert die statistische Dokumentation zugleich auch jenes Verständnis für die historische Entwicklung im zwanzigsten Jahrhundert, das zu stärken das Ziel dieser Zusammenstellung ist.

II. Regionale Bevölkerungsverschiebungen

Bevölkerungsbewegungen sind in mobilen Industriegesellschaften empfindliche Indikatoren wirtschaftlicher Umstrukturierung und regionaler Verschiebungen. Nur unter diesem Aspekt interessiert hier die Bevölkerungsbewegung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Deshalb mag zur Gesamtentwicklung der Hinweis genügen, daß die deutsche Bevölkerung, deren Größe sich in vorindustrieller Zeit wegen des relativ konstanten Nahrungsmittelspielraums von Agrargesellschaften nur langsam veränderte, im 19. Jahrhundert (1817/1915) auf annähernd das Dreifache stieg. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate, die 1817/1890 1%

betrug, erreichte 1891/1913 mit 1,35% ihren Höhepunkt und sank dann zwischen den Kriegen (1922/1939) auf 0,7% ab. Die historisch einmalige Bevölkerungsdynamik des 19. Jahrhunderts, Ursache und Folge der Industrialisierung zugleich, verlangsamte sich also zu dem Zeitpunkt, als der Übergang zur Industriegesellschaft vollzogen war.

Die Tabellen zur Bevölkerungs- und Wanderungsbewegung sollen nunmehr die regionale Differenzierung und gleichzeitig den damit verbundenen Prozeß der Verstädterung – Signal tiefgreifenden sozialen Wandels – dokumentieren.

Tabelle 1: Entwicklung der Bevölkerung nach Regionen im Deutschen Reich^{a)} 1871–1939 (Mill.)

Region	1871	1890	1910	Veränderg. 1871/1910 in %	1910 ^{b)}	1925	1935	1939	Veränderg. 1910/1939 in %
Osten ohne Berlin-Brandbg.									
abs.	10,51	11,57	15,55	+ 29	15,54	16,37	17,05	17,70	+15
%	26,6	24,2	21,5						
Berlin-Brandbg.									
abs.	2,86	4,12	6,16	+115	26,3	26,0	25,8	25,6	
%	7,3	8,6	9,8						
Mitte									
abs.	5,93	7,63	9,75	+ 64	9,75	10,25	10,62	11,05	+13
%	15,0	15,9	15,5		16,7	16,2	16,1	16,0	
Nordwest									
abs.	4,29	5,30	7,17	+ 67	7,05	7,62	8,00	8,63	+22
%	10,8	11,1	11,4		12,1	12,1	12,1	12,5	
West									
abs.	7,66	9,85	14,81	+ 93	14,77	16,59	17,51	18,13	+23
%	19,4	20,6	23,5		25,2	26,2	26,6	26,2	
Süd									
abs.	8,20	9,56	11,54	+ 41	11,54	12,35	12,87	13,69	+18
%	20,8	19,6	18,3		19,7	19,5	19,4	19,7	
Reich									
abs.	39,45	47,85	62,98	+ 60	58,45	65,18	66,05	69,18	+18

a) 1871–1910 Reich in Grenzen von 1910 ohne Elsaß-Lothringen. b) Gebietsstand 1937
1910–1939 Reich in Grenzen von 1937.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1921/22; 1934; 1941/42.

Tabelle 1 weist die regionalen Bevölkerungsverschiebungen für den Zeitraum 1871 bis 1939 aus. Folgende Regionalgliederung liegt ihr zugrunde: Ost- und Westpreußen, Schlesien, Pommern und Mecklenburg zählen zum Osten (nach 1919 verringert um die an Polen abgetretenen Gebiete Westpreußens und Oberschlesiens), der Nordwesten umfaßt das heutige Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die Hansestädte; Provinz und Königreich Sachsen sowie Thüringen bilden die mittlere Region; die Rheinprovinz (nach 1919 ohne Saarland), Westfalen und die beiden Hessen zählen zum Westen und Baden, Württemberg und Bayern (einschließlich Pfalz) zum Süden.

Das wichtigste Ergebnis ist die (vor allem nach 1890) immer stärkere Differenzierung des regionalen Wachstumstempos, besonders das Zurückfallen des Ostens und Südens gegenüber den anderen Reichsteilen. Damit bestätigt sich die Sogkraft der neuen Industrien des Westens und des Berliner Raumes auf die Landbevölkerung der süd- und ostdeutschen Agrarzonon. Bis 1890 waren die Verschiebungen

zwischen den genannten Regionen – mit Ausnahme des Ostens gegenüber Berlin – relativ bescheiden, da zunächst noch die Nahwanderung (z. B. vom ländlichen Westfalen ins Ruhrgebiet) überwog. Erst seit den achtziger Jahren ergaben sich im Zuge der jetzt dominierenden Ost-West-Wanderung die spektakulären regionalen Veränderungen, die den Bevölkerungsschwerpunkt Preußens ebenso wie den des Reiches nach dem Westen verlegten. Das war nicht nur ein soziales oder wirtschaftliches Faktum ersten Ranges, sondern signalisierte schon vor der Jahrhundertwende das Ende des traditionellen ostelbischen Altpreußentums.

Ein gegenüber dem Berliner Raum und dem Westen sehr viel bescheideneres, im Vergleich zum Gesamtreich aber noch überdurchschnittliches Wachstum wiesen der Nordwesten und bis 1890 auch die Mitte auf. Der dynamische Faktor der Nordwestregion waren die Hansestädte mit ihrem expansiven tertiären Wirtschaftsbereich (Handel, Verkehr), im Falle der Mitte zunächst die sächsischen Verarbeitungsindustrien. Sachsen, bis zur Reichsgründung die wichtigste deutsche Gewerbezone, verlor jedoch nach 1890 seine frühere Anziehungskraft, da die dortigen Gewerbe-zweige (vor allem Textil und Bekleidung) nunmehr im Vergleich zur westdeutschen Schwerindustrie oder den „neuen“ Industrien Berlins (Maschinenbau, Elektro) deutlich zurückfielen.

Tabelle 2: Geburts- und Wohnbevölkerung 1907 (1000) (Reich, einschl. Elsaß-Lothringen)

Geburtsort Wohnort	Osten	Berlin/ Branden- burg	Nord- west	Mitte	West	Süd	insges.	davon zu- gezogen
Osten	12399	178	51	101	49	16	12794	595
Berlin/ Brandenburg	1159	3956	69	500	78	44	5585	1649
Nordwest	362	68	5340	209	135	41	6155	815
Mitte	328	119	102	9002	75	95	9719	718
West	551	55	178	186	11068	287	12324	1256
Süd	64	26	34	99	220	13558	13800	443
insgesamt:	14863	4382	5775	9897	11625	13859	60378	5276
davon abgewandert:	2463	446	433	895	558	481	5276	

Quelle: Walther G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, 1965, S. 180.

Tabelle 2 ergänzt und verdeutlicht Ausmaß und Richtung der durch die Wanderungsbewegungen verursachten Regionalverschiebungen⁴. Zum Stichjahr 1907 hatte jeder sechste dort Geborene den Osten verlassen und war nach Berlin und dem Westen oder in eine andere Region abgewandert. Beinahe ein Drittel der Einwohner Berlin-Brandenburgs entstammte demgemäß anderen Regionen, und allein die Reichshauptstadt bestand zu etwa 20% aus schlesischen, mecklenburgischen und ost- oder westpreußischen Zuzüglern. Neben Berlin verzeichneten der Westen (0,7 Mill.) und der Nordwesten (0,4 Mill.) hohe Wanderungsgewinne,

⁴ Gegenüber Tabelle 1 insofern Änderung der regionalen Unterteilung, als das Großherzogtum Hessen und Elsaß-Lothringen im Süden enthalten sind und Braunschweig zur Mitte zählt.

während andererseits außer dem Osten der Süden und zu diesem Zeitpunkt auch die Mitte – hier die Agrargebiete Thüringens und Sachsen-Anhalts, nicht das Königreich Sachsen – erhebliche Wanderungsverluste aufwiesen.

Der geschilderten regionalen Differenzierung der Bevölkerungsbewegung lief der Prozeß der Verstädterung parallel. Wenn um die Mitte des 19. Jahrhunderts ganz Deutschland mit nur relativ unbedeutenden Abweichungen ländlich geprägt war, so zeigt das Jahr 1910 große Unterschiede im Verhältnis städtischer zu ländlicher Bevölkerung, die in einem systematischen Zusammenhang zur interregionalen Wanderung stehen: Je größer der Wanderungsgewinn, je stärker die Industrialisierung, desto höher war der Grad der Verstädterung.

Tabelle 3: Ländliche und städtische Bevölkerung nach Regionen 1910

Region	Landbevölkerung (Gemeinden bis 5 000 Einwohner)	Städt. Bevölkerung (Gemeinden über 5 000 Einwohner)	
	in %	insges. %	davon in Großstädten %
Osten ohne Berlin-Brandenburg	63	35	14
Berlin-Brandenburg	26	74	47
Osten insges.	53	47	26
Mitte	54	46	24
davon Königreich Sachsen	40	60	32
Nordwest	48	52	29
West	40	60	25
Süden	65	35	14
Reich insges.	51	49	21

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919.

Die Ergebnisse von Tabelle 3 decken sich mit jenen des regionalen Bevölkerungswachstums und der Wanderung, da wiederum die agrarischen Gebiete des Ostens und Südens (mit einem Anteil der Landbevölkerung von 65%) den städtischen Wachstumszonen gegenüberstehen.

Die Entwicklung zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg unterschied sich merklich von jener in den vorausgegangenen Jahrzehnten. Einmal sank die durchschnittliche Zuwachsrates der Bevölkerung auf die Hälfte (von 1,35% auf 0,7%), zum anderen verringerten sich die für die Industrialisierungsepoche typischen regionalen Wachstumsunterschiede, so daß bislang stagnierende Regionen aufholen konnten. So glich sich das Wachstum des Südens dem Reichsdurchschnitt an, der Osten verringerte zumindest die Differenz, wohingegen der vorher so dynamische Raum Berlin ebenso wie die Mitte stagnierten (Anteil Berlins 1925: 6,4%, 1939: 6,3%). Zwar blieben der Westen und stärker noch der Nordwesten die ersten Wachstumsregionen, doch zeigen sich im zeitlichen Ablauf wichtige Trendänderungen: im Konjunkturaufschwung der zwanziger Jahre vergrößerte der Westen noch einmal seinen Anteil von 25,2% (1910) auf 26,6%. Nach 1930 hingegen, teils Folge der Weltwirtschaftskrise, teils Ergebnis relativen Rückfalls der „alten“ Industrien des Ruhrgebiets (und damit geringerer Zuwanderung), fiel seine Quote ab, indes nunmehr der Süden, dem Beispiel des Nordwestens folgend, zu einer

aufstrebenden Region wurde. Hier deutete sich jetzt jener Trend an, der im Falle des Südwestens nach 1945 so vehement durchbrechen sollte: die erste deutsche Wachstumsregion zu werden.

Als Fazit bleibt somit zu registrieren, daß die Zwischenkriegszeit, soweit Bevölkerungsdaten hier Rückschlüsse erlauben, eine Ära relativ langsamen Wachstums und abgeschwächten strukturellen Wandels war, in der die auseinanderstrebenden Trends der Industrialisierungszeit einander wieder annäherten. Andere Indikatoren werden zeigen, ob dieses Ergebnis auch für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung gilt.

Tabelle 4: Entwicklung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland (Mill.)

Region		1950	1954	1958	1961	1967	Veränderung 1950/1967 in %
Nord	abs.	11,44	11,12	11,25	11,50	12,06	+ 5,5
	%	22,9	21,4	20,8	20,4	20,1	
West	abs.	12,92	14,15	15,30	15,90	16,84	+30,0
	%	25,8	27,3	28,2	28,3	28,1	
Mitte	abs.	8,09	8,56	8,96	9,30	10,00	+23,5
	%	16,2	16,5	16,5	16,5	16,7	
Südwest	abs.	6,29	6,80	7,34	7,76	8,55	+36,0
	%	12,6	13,1	13,5	13,8	14,5	
Südost	abs.	9,11	9,07	9,22	9,52	10,26	+13,0
	%	18,2	17,5	17,0	17,0	17,1	
West-Berlin	abs.	2,14	2,19	2,22	2,20	2,17	+ 1,5
	%	4,3	4,2	4,1	3,9	3,7	
BRD	abs.	49,99	51,88	54,29	56,18	59,87	+20,0

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1959, 1968.

Nach 1950 verstärkten sich in der Bundesrepublik erneut, ähnlich den zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, die Impulse des Wandels. Der Bevölkerungszuwachs betrug infolge der politisch motivierten Ost-Westwanderung 1950/1967 1% und überstieg damit trotz niedrigerer Geburtenziffern das Wachstum der Zwischenkriegsjahre. Ein weiteres Indiz schnellen strukturellen Wandels sind die großen regionalen Wachstumsunterschiede der fünfziger Jahre⁶, die vor allem zwischen dem Südwesten und dem Norden bestanden. Die für gewerblichen Fortschritt besonders förderliche Infrastruktur der Südwestregion und der Wegfall des Standortnachteils, der die Lage an der Westgrenze des Reiches bis 1945 gewesen war, ergaben jene Magnetwirkung, die sich bis heute kaum abgeschwächt hat. Demgegenüber erfuhr der früher expandierende Nordwesten nicht zuletzt wegen

⁶ Die Bundesrepublik wurde in folgende Regionen unterteilt: Nord identisch mit dem Nordwesten des Reiches (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hansestädte), West deckt sich mit dem Bundesland Nordrhein-Westfalen (dem Kerngebiet des früheren Westens), der Südwesten umfaßt Baden-Württemberg und der Südosten Bayern. Als neue Mitte wurden die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen festgelegt, die – von der Pfalz abgesehen – bis 1939 als Teil des Westens galten.

des Verlustes seines traditionellen mitteldeutschen Hinterlandes im Vergleich zur Vorkriegszeit – vom besonders gelagerten Fall West-Berlins abgesehen – die stärksten Einbußen.

Der Westen gehörte nach 1945 wiederum zu den wachstumsintensiven Zonen: Die Zuwachsrate seiner Bevölkerung lag insgesamt doppelt so hoch wie jene Bayerns, während die Mitte nicht nur eine geographische Mittellage einnimmt, sondern auch die geringste Abweichung vom Bundesdurchschnitt aufwies. Eine Aufteilung nach Jahren modifiziert jedoch das Bild vom dynamischen Westen und zurückbleibenden Südosten: Die Bevölkerungsgewinne von Nordrhein-Westfalen fallen vor allem in die Wiederaufbauphase bis etwa 1955, ebenso die großen Verluste Bayerns, das seiner Bevölkerung zunächst nur unzureichend gewerbliche Arbeitsplätze bot. Mit dem Bedeutungsschwund der Schwerindustrie und des Bergbaus und der Ansiedlung neuer, nicht mehr primär rohstofforientierter Industrien im Süden (Elektrotechnik, Fahrzeugbau) hat sich der Trend geändert. Der Westen verlor nach 1960 Anteile, während Bayern zur Gruppe der „Wanderungsgewinner“ stieß. Die Statistik der Wanderungssalden zwischen den Regionen des Bundesgebietes, ausgewählt für zwei Stichjahre, bestätigt diesen Tendenzwandel nach 1960:

Tabelle 5: Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (—) gegenüber den nebenstehenden Regionen 1957 und 1966 (in 1000; ohne Berlin)

Region		Nord	West	Mitte	Südwest	Südost
Nord	1957	×	+38,0	+ 5,3	+ 4,1	+ 5,2
	1966		— 5,9	+ 5,8	+ 3,3	+ 4,5
West	1957	—38,0	×	— 7,9	+ 1,2	— 5,6
	1966	+ 5,9		+15,6	+ 8,2	+ 8,7
Mitte	1957	— 5,3	+ 7,9		+ 1,7	— 6,2
	1966	— 5,8	—15,6	×	+ 1,1	+ 1,5
Südwest	1957	— 4,1	— 1,2	— 1,7		—16,6
	1966	— 3,3	— 8,2	+ 1,1	×	+ 3,5
Südost	1957	— 3,2	+ 5,6	+ 6,2	+16,6	
	1966	— 4,5	— 8,7	— 1,5	— 3,5	×
Insgesamt	1957	—50,6	+50,3	+ 1,9	+23,6	—25,2
	1966	— 7,7	—38,4	+21,0	+ 6,8	+18,2

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1959, 1968.

Die senkrechten Spalten zeigen jeweils die Gewinne (+) oder Verluste (—) gegenüber den in der linken Spalte aufgeführten Regionen. 1957 waren der Westen und Südwesten die großen Gewinner der interregionalen Wanderung; ihnen standen die Defizitgebiete des Nordens und Bayerns gegenüber. Ein Jahrzehnt später waren Hessen und Bayern die großen Überschußzonen, während der Westen nunmehr die größten Wanderverluste aufwies. Dank der gegenläufigen Trends der fünfziger und sechziger Jahre ebnet sich seit zehn Jahren das Bevölkerungsgefälle des Südostens gegenüber dem übrigen Bundesgebiet wieder ein und zumindest die Indikatoren Bevölkerung und Wanderung deuten darauf hin, daß Bayern nunmehr endgültig – wie Württemberg bereits vor vierzig Jahren – den traditionellen wirtschaftlichen Rückstand aufholt.

Bereits früher wurde darauf hingewiesen, daß regionale Veränderung der Bevölkerung mit der Abwanderung vom Land in die Stadt zusammenfiel. Welches Ausmaß diese Verschiebung in den vergangenen hundert Jahren erreichte, soll zum Abschluß der Bevölkerungsdokumentation Tabelle 6 zeigen.

Tabelle 6: Die Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen im Reich^{a)} und in der BRD^{b)} (%)

Größenklassen	1871	1890	1910	1925	1939	1950 ^{c)}	1958	1967
–2000	63,9	55,0	40,0	55,4	50,1	27,6	25,2	20,7
2000–5000	12,4	12,0	11,2	11,0	10,8	13,0	12,0	12,2
5000–20000	11,2	13,1	14,1	13,3	13,8	15,5	15,7	18,3
20000–100000	7,7	9,8	15,4	13,7	13,7	13,8	15,7	16,5
über 100000	4,8	12,1	21,3	26,6	31,6	30,1	33,4	32,5

a) Jeweiliger Gebietsstand. b) einschl. West-Berlin. c) Saarland 1951.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich bzw. für die BRD 1954, 1941/42, 1954, 1959, 1968.

Wenn um 1871 weniger als ein Viertel der Bevölkerung in städtischer Umgebung (Gemeinden über 5000 Einwohner) lebte, so sind es heute zwei Drittel, davon die Hälfte in Großstädten. Die stärkste Verschiebung fand vor dem Ersten Weltkrieg statt; seitdem hat sich der Prozeß der Verstädterung merklich verlangsamt, im Falle der Großstädte ist er bereits zum Stillstand gekommen, so daß in den vergangenen 30–40 Jahren im wesentlichen nur noch die Klein- und Mittelstädte (in jüngster Zeit auch noch die Regionen in der Nähe von „Kernstädten“) von der Landflucht profitierten. Die Abwanderung vom Land, die ursprünglich dem industriellen Entwicklungstempo folgte, hat sich inzwischen nicht zuletzt deswegen verzögert, weil Dorf und Landstadt nunmehr selbst verstädtern.

III. Entwicklung der Erwerbsstruktur

Die Erwerbsstruktur, das heißt die Aufteilung der arbeitenden Bevölkerung nach Wirtschaftsbereichen und sozialer Stellung im Beruf, liefert unmittelbare Hinweise zum gesamtgesellschaftlichen Gefüge. Demgemäß dokumentieren die nachfolgenden Tabellen (7–11) wichtige Aspekte der Wirtschaftsstruktur wie der gesellschaftlichen Klassen, stellt doch die Position im Erwerbsprozeß das wichtigste Kriterium sozialer Schichtung dar. Daneben erfolgt auch hier wiederum eine regionale Differenzierung, die im Verein mit den Bevölkerungs- und Einkommensdaten das Bild regionalen Wandels in Deutschland abrunden soll. Zu diesem Zweck unterteilen wir die Wirtschaft sehr grob in die drei Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe (Bergbau, Industrie und Handwerk) und den Tertiären Sektor, der alle sonstigen Bereiche wie Handel, Verkehr, Banken und Versicherungen, Verwaltung, öffentliche und private Dienste umfaßt. Für eine genauere Analyse wirtschaftlichen und sozialen Wandels wäre diese Dreiteilung unzureichend; sie genügt jedoch, um die Konturen der Veränderung sichtbar zu machen.

Tabelle 7: Erwerbspersonen insgesamt und nach Wirtschaftsbereichen in v. H. im Reich^{a)} 1882–1939 und in der BRD 1950–1967

Jahr	Erwerbspersonen		Land- u. Forstwirtschaft %	Produzierendes Gewerbe %	Tertiärer Sektor ^{b)}			
	inges. (Mill.)	% der Bevölkerung			inges. %	Handel und Verkehr %	öffentl. u. priv. Dienste %	häusl. Dienste %
1882	17,01	42,3	42,2	35,6	22,2	8,4	5,8	8,0
1895	19,91	42,9	36,5	38,9	24,8	10,7	7,0	7,2
1907	25,38	45,6	34,0	40,0	26,0	13,6	6,8	5,7
1925	52,55	51,2	30,4	42,2	27,4	16,2	6,8	4,4
1933	52,62	49,4	28,8	40,6	30,6	18,4	8,4	3,9
1939	54,55	50,8	25,9	42,3	31,8	17,5	10,4	3,9
1950	23,49	47,0	22,1	44,7	33,2	14,5		18,9
1957	25,95	48,0	15,8	47,8	36,4	16,4		20,0
1961	26,53	46,1	13,5	48,7	37,8	17,4		20,4
1967	26,69	44,5	10,0	47,5	42,5	17,7		24,8

a) Gebietsstand 1937. b) Ab 1950 neue Systematik: Banken und Versicherungen zu Dienstleistungen.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1939/40; 1941/42. Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1965, 1968.

Die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt stieg als Folge der überproportional wachsenden Frauenbeschäftigung bis 1925 schneller als die Gesamtbevölkerung an. Die weibliche Erwerbsquote betrug bis zur Jahrhundertwende etwa 25%, erreichte 1925 mit 35% ihren Höhepunkt und sank dann bis 1939 wieder leicht ab. Nach 1950 lag sie ebenso wie die in der Tabelle 7 ausgewiesene Gesamterwerbsquote regelmäßig unter den Größenordnungen der Zwischenkriegszeit und in den letzten Jahren hat sie sich – teils als Ergebnis der Änderung der Altersstruktur, teils als Folge wachsenden Wohlstandes – sogar deutlich verringert, so daß sie 1967 unter den Stand von 1907 fiel. Über einen Zeitraum von 60 Jahren hinweg hat sich der Anteil der Erwerbstätigen also nur geringfügig verändert. Die relative Konstanz im ganzen kontrastierte jedoch mit um so größeren Umschichtungen zwischen den einzelnen Bereichen und sozialen Gruppen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten verringerte sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts laufend, wenn auch nicht stetig, sondern in Sprüngen (vor allem nach 1950), so daß er in der Gegenwart mit 10% nur noch einem Viertel des Standes von 1882 entspricht.

Trotz aller Subventionen erfuhr der Agrarsektor nach dem Zweiten Weltkrieg die tiefgreifendste Umstrukturierung aller Wirtschaftsbereiche, im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit oder dem Zeitraum 1895/1907, in denen die Landwirtschaft die geringsten Veränderungsdaten aufwies.

Dem Niedergang der Landwirtschaft entsprach der Zuwachs im gewerblichen und tertiären Bereich. Spitzenreiter war zunächst (bis zum Ersten Weltkrieg) das produzierende Gewerbe, nach 1920 dann der tertiäre Sektor, der seit 1880 seinen Anteil verdoppeln konnte und damit im 20. Jahrhundert der expansivste aller Wirtschaftsbereiche war. Dieser Trend zeigt sich besonders deutlich seit dem Ende der fünfziger Jahre, als die industrielle Automation den Beschäftigtenzuwachs im

produzierenden Sektor verlangsamte und die Umschichtung der Erwerbstätigen in die (bislang kaum zu automatisierenden) Dienstleistungsbereiche förderte.

Der Tertiäre Sektor zeigt wiederum stark abweichende Trends: Vor 1913 waren Handel und Verkehr als die Komplementärbereiche zur schnell expandierenden Industrie die eigentlichen Wachstumsbranchen, während Verwaltung und Dienste nahezu unverändert blieben, die häuslichen Dienste sogar deutlich schrumpften. Während der nationalsozialistischen Zeit wurde die öffentliche Verwaltung (Ausbau der Staats- und Parteibürokratie) zum ersten „Wachstumsbereich“ des Tertiären Sektors, zwischen 1950 und 1960 wiederum Handel und Verkehr⁶, um ähnlich wie vor 1913 in dieser Periode der wirtschaftlichen Rekonstruktion dem schnellen Zuwachs im Produktionsbereich gerecht zu werden. Und für die Jahre seit 1961 weist die Statistik dann erneut einen Umschwung auf: Handel und Verkehr begannen nunmehr zu stagnieren, ebenso wie die Beschäftigung in Industrie und Handwerk, während die vom produzierenden Sektor unabhängigen Dienste, deren Umfang allein vom Massenwohlstand abhängt (vom Schönheits- und Hundesalon bis zum Reisebüro), endgültig an die Spitze des Zuwachses traten. Auf sie entfallen heute schon 25% aller Erwerbstätigen (einschließlich öffentliche Dienste) und alle Indizien sprechen dafür, daß sie in der postindustriellen Gesellschaft der nahen Zukunft auch absolut gewichtiger sein werden als heute noch die Industrie.

Die Tabellen 8 und 9 geben einen Überblick über die Anteile der sozialen Schichten an der Zahl der Erwerbspersonen. Die Statistik unterscheidet hier nur zwischen Selbständigen bzw. mithelfenden Familienmitgliedern einerseits und den beiden Kategorien von Abhängigen (Angestellte und Beamte sowie Arbeiter) an-

Tabelle 8: Erwerbspersonen nach ihrer sozialen Stellung im Reich^{a)} und in der BRD in v.H. aller Erwerbspersonen

Jahr	1 Selbstän- dige ^{b)}	2 Mithelfende Familienan- gehörige	3 zusammen 1 und 2	4 Angestellte Beamte	5 Arbeiter	6 Haus- angest.	7 Alle Abhän- gigen 4 bis 6
1895	27,5 (23,4)	9,6 (9,0)	37,1 (32,4)	5,2 (10,7)	50,4 (49,7)	7,3 (7,2)	62,9 (67,6)
1907	22,0 (18,8)	15,6 (15,0)	37,6 (33,8)	7,5 (15,1)	49,2 (47,4)	5,7 (5,7)	62,4 (66,2)
1925	15,7	17,0	32,7	17,3	45,8	4,2	67,3
1933	16,2	16,5	32,7	17,4	46,1	3,8	67,3
1939	14,0	16,4	30,4	19,0	46,7	3,9	69,6
1950	14,6	13,8	28,4	21,1		50,5	71,6
1961	12,2	10,0	22,4	29,0		48,5	77,5
1967	11,1	7,7	18,8	33,0		48,2	81,2

a) Jeweiliger Gebietsstand; in Klammern für 1895 und 1907 auch die Angaben für Gebietsstand 1937. b) Einschl. leitende Angestellte.

Quelle: Bevölkerung und Wirtschaft, Langfristige Reihen 1871 bis 1957 für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland (Hg. Statistisches Bundesamt). Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22. Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1965, 1968.

⁶ Vermindert um Banken und Versicherungen, die seit 1950 bei den Diensten erfaßt werden.

Tabelle 9: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf im Reich^{a)} und der BRD

Wirtschaftsbereich	Reich						BRD			
	1895	1907	1895/ 1907 %	1925	1939	1925/ 1939 %	1950	1961	1967	1950/ 1967 %
Landwirtschaft abs. (Mill.)	8,29	9,88	+19	9,76	8,94	-8	5,19	3,60	2,67	-49
davon (Mill.)										
Selbständige	2,57	2,50	-3	2,19	1,96	-11	1,27	1,14	0,88	-31
Mithelf. Familienang.	1,90	3,89	+105	4,79	4,77	0	2,77	1,99	1,45	-48
Angest. u. Beamte	0,1	0,1	0	0,17	0,10	-47	0,04	0,05	0,05	-25
Arbeiter	3,72	3,39	-9	2,61	2,11	-19	1,11	0,45	0,54	-67
Produzierendes Gewerbe abs. (Mill.)	8,28	11,26	+36	13,48	14,42	+7	10,51	12,80	12,65	+20
davon (Mill.)										
Selbständige ^{b)}	2,06	1,98	-4	1,45	1,37	-5	0,99	0,72	0,72	-23
Mithelf. Familienang.	0,06	0,13	+116	0,22	0,29	+33	0,17	0,20	0,18	+6
Angest. u. Beamte	0,26	0,69	+165	1,54	1,68	+9	1,40	2,40	2,70	+93
Arbeiter	5,90	8,46	+43	10,27	11,08	+8	7,95	9,50	9,05	+14
Tertiärer Sektor abs. (Mill.)	4,91	6,50	+26	8,78	10,91	+29	7,79	10,00	11,36	+45
davon (Mill.)										
Selbständige ^{c)}	1,28	1,57	+22	1,38	1,46	+6	1,16	1,37	1,35	+16
Mithelf. Familienang.	0,11	0,26	+136	0,43	0,56	+116	0,51	0,46	0,43	+38
Angest. u. Beamte ^{d)}	0,76	1,28	+68	5,82	4,71	+23	3,51	5,30	6,10	+74
Arbeiter	2,76	3,19	+16	3,15	4,18	+33	2,81	2,90	3,40	+21
Alle Wirtschaftsbereiche	21,48	27,44	+28	32,02	34,27	+7	23,49	26,60	26,60	+13
davon (Mill.)										
Selbständige	5,91	6,05	+2	5,02	4,79	-5	3,42	3,23	2,95	-14
Mithelf. Familienang.	2,07	4,28	+107	5,44	5,63	+4	3,25	2,65	2,06	-57
Angest. u. Beamte	1,12	2,07	+85	5,53	6,49	+17	4,95	7,70	8,80	+78
Arbeiter	12,38	15,04	+22	16,03	17,37	+8	11,87	12,85	12,80	+18

^{a)} Jeweiliger Gebietsstand, 1939 ohne Saarland. ^{b)} Einschl. Hausgewerbetreibende. ^{c)} Einschl. höhere Beamte. ^{d)} Einschl. Verkäufer.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1919, 1927, 1941/42; für die BRD 1955, 1965, 1968.

dererseits. Die Gruppe der Selbständigen umfaßt somit den Kleinhandwerker ebenso wie den Großunternehmer, andererseits sind bei den Angestellten die Masse der Verkäuferinnen mit den höheren Angestellten vereinigt. Hier wäre eine statistische Differenzierung vonnöten⁷, die aber vom Material her nur schwer möglich ist. Immerhin erlauben aber auch die aufgeführten Daten Rückschlüsse auf Änderungen der Sozialstruktur, zumal der Überblick in Tabelle 8 durch Tabelle 9 ergänzt wird, in der die berufliche Umschichtung nach Wirtschaftsbereichen und zeitlicher Abfolge spezifiziert wird.

Die wichtigsten Trends der vergangenen 70 Jahre waren der Rückgang der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen einerseits und der Anstieg der Zahl der Abhängigen andererseits. Zum alten Mittelstand der Bauern, Handwerker, Kaufleute und mittleren Gewerbetreibenden – einst neben dem Beamtentum die ihrem Selbstverständnis nach klassische „staatstragende“ Schicht – zählte vor dem Ersten Weltkrieg immerhin ein Viertel aller Beschäftigten. Heute ist er – mit etwa 10% – nicht nur der Zahl nach, sondern auch gemessen an seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rolle relativ unbedeutend geworden, wofür nicht zuletzt die Ideologisierung des Mittelstandsbegriffs – Ideologisierung als Defensivreaktion – spricht. Der absolute Rückgang begann in den dreißiger Jahren, zu jenem Zeitpunkt, als das nationalsozialistische Regime mit beträchtlichem Propagandaaufwand die Rettung des Mittelstandes verkündete. In der Bundesrepublik beschleunigte sich das Tempo des zahlenmäßigen Niedergangs weiter, wovon vor allem die Landwirtschaft betroffen war. Allein der Dienstleistungsbereich wies bis 1960 eine andere Richtung auf, doch auch hier setzte sich danach der negative Gesamttrend durch, allen konservierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Trotz. Die Verringerung des alten Mittelstandes, Ergebnis des beschleunigten wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses, dürfte langfristig auch das heute gültige politische-gesellschaftliche Wertesystem, das in hervorragendem Maße von dieser Schicht geprägt wurde, modifizieren.

Mit den Selbständigen eng verbunden sind die (häufig unbezahlten) Mitarbeiter im Betrieb eines Familienangehörigen, statistisch als mithelfende Familienangehörige ausgewiesen. Die Statistik registriert bis in die Zeit der Weimarer Republik hinein einen schnellen Zuwachs⁸, zwischen den Kriegen blieb ihr Anteil unverändert, um sich dann nach 1950 zu halbieren. Der schnelle Rückgang erfolgte vor allem zu Lasten der Landwirtschaft, dem einzigen Bereich, in dem diese Gruppe seit eh und je wirkliches Gewicht besessen hatte. Er war – ebenso wie die Verringerung der landwirtschaftlich Beschäftigten insgesamt – das Ergebnis der hier nach dem Zweiten Weltkrieg nachgeholten Mechanisierung des Produktionsprozesses, die es ermöglichte, mit immer weniger Erwerbstätigen steigende Erträge zu erwirtschaften. Die ausscheidenden Familienangehörigen gingen der Gesamtwirtschaft zu-

⁷ Für die Zeit der Weimarer Republik liegt die Untersuchung von Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932 (Neudruck 1967), vor.

⁸ Teilweise handelte es sich hier um keinen echten Zuwachs, sondern um die erstmalige statistische Erfassung der auch früher tätigen Familienangehörigen.

meist nicht verloren, sondern stellten in den vergangenen Jahren eine bedeutende Arbeitskräftereserve für andere Wirtschaftszweige dar.

Der Anteil der Abhängigen, zu denen in der Gegenwart über 80% aller Beschäftigten zählen, änderte sich zwischen der Jahrhundertwende und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nur wenig⁹. Dies erklärt sich einmal aus der Umschichtung innerhalb der Abhängigen – Rückgang der Hausangestellten und Anwachsen der Angestellten und Beamten –, zum anderen aus der Stagnation der Arbeiterzahl. Erst nach 1950 ergab sich dann wiederum ein starker, relativer wie absoluter Zuwachs bei den Unselbständigen, der jedoch allein – wie auch in den vorausgegangenen Jahrzehnten – dem explosionsartigen Wachstum der Angestellten zuzuschreiben war. Entgegen einer weitverbreiteten Vorstellung war die Arbeiterschaft im 20. Jahrhundert eine stagnierende Klasse; seit einigen Jahren ist neben dem relativen sogar ein absoluter Rückgang feststellbar. Diese verhältnismäßige Konstanz besagt, daß bereits um 1900 der Übergang zur Industriegesellschaft vollzogen war und späterhin zwar vielfältige Änderungen eintraten, die jedoch im vorgegebenen Rahmen abliefen.

Wenn die Arbeiterklasse im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts entstand, so gehören die Angestellten ganz und gar zum 20. Jahrhundert – Ergebnis sowohl der Bürokratisierung der Produktion als auch der wachsenden Bedeutung der Distribution (Handel, Verkehr usw.). Die Zuwachsraten des „neuen Mittelstandes“ waren besonders eindrucksvoll kurz vor dem Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik, dann wieder nach 1950. Sein Anstieg in den zwanziger Jahren wurde auch politisch höchst bedeutsam. Die Angestelltenschaft, ökonomisch von den Arbeitern nur wenig unterschieden, jedoch mit einem bewußt antiproletarischen Selbstverständnis ausgestattet, erwies sich während der Weltwirtschaftskrise als besonders anfällig für die Parolen Hitlers und bildete zusammen mit Teilen des alten Mittelstandes die Massenbasis des neuen Regimes.

Welcher Zusammenhang bestand nun zwischen den sozialen Gruppen und den verschiedenen Wirtschaftsbereichen? Etwas vereinfacht läßt sich nach dem bisher Gesagten die Landwirtschaft als der Sektor der Selbständigen und ihrer Angehörigen bezeichnen – Ausdruck dessen, daß nach dem Zweiten Weltkrieg der Durchbruch zum Familienbetrieb (der im Westen Deutschlands immer schon stärker verbreitet war als östlich der Elbe) endgültig erfolgte. Am Rande sei erwähnt, daß damit eine noch in der Weimarer Zeit wichtige Sozialfigur, der Landarbeiter – Ziel vielfältiger politischer Propaganda der äußersten Rechten – endgültig verschwunden ist. Das produzierende Gewerbe wird auch in der Gegenwart noch vom Arbeiter geprägt, doch sind gerade hier schnelle Änderungen im Gange. 1895 kamen zwanzig Arbeiter auf einen Angestellten, 1925 belief sich die Relation auf 6 : 1, und in der Gegenwart hat sie sich auf etwa 3 : 1 verkürzt. Der tertiäre Bereich schließlich ist heute der klassische Bereich der Angestellten. Auf sie entfallen über 50% aller

⁹ Das gilt vor allem dann, wenn man die Rückrechnungen des Statistischen Reichsamtes für den Gebietsstand 1937 (Zahlen in Klammern) zugrunde legt.

Beschäftigten, die Arbeiter erreichen gerade die Hälfte davon – vor 60 Jahren war das Verhältnis noch umgekehrt. Bedenkt man die besondere Dynamik dieses Wirtschaftssektors, so wird die Entwicklung zur Angestellten-Gesellschaft verständlich.

Die Tabellen 10 und 11 ergänzen die Aussagen zur Erwerbsstruktur unter dem Aspekt regionaler Differenzierung, jedoch nur, insoweit sie die Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen, nicht jene nach den sozialen Gruppen betreffen.

Tabelle 10: Die Verteilung der Erwerbstätigen in den Regionen des Reiches^{a)} in v.H.

Wirtschaftsbereich	Jahr	Osten	Nord-west	Mitte	West	Süd-west	Südost	Reich
Landwirtschaft	1907	39,2	35,0	24,9	27,2	44,0	52,0	35,5
	1925	33,4	50,9	21,9	22,8	39,2	45,0	50,5
	1939	28,5	26,5	18,5	20,2	31,4	38,4	26,0
Produzierendes Gewerbe	1907	56,8	37,6	54,5	52,3	59,0	30,0	45,0
	1925	55,5	34,3	52,6	48,7	59,4	32,3	41,5
	1939	36,2	35,6	52,1	48,5	42,9	34,0	42,2
Tertiärer Sektor	1907	24,0	27,4	20,6	20,5	17,0	18,0	21,5
	1925	31,1	34,8	25,5	28,5	21,4	22,7	28,0
	1939	55,4	38,1	29,4	31,3	25,7	27,6	31,8

a) Gebietsstand 1937 (1925 ohne Saarland).

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1919, 1934, 1941/42.

Tabelle 11: Die Verteilung der Erwerbstätigen^{a)} in den Regionen der BRD^{b)} in v.H.

Wirtschaftsbereich	Jahr	Nord	West	Mitte	Südwest	Südost	Bundesgebiet
Landwirtschaft	1950	24,0	11,8	29,4	26,4	32,0	23,7
	1961	14,7	6,4	16,1	15,9	21,3	14,0
	1967	11,4	5,2	11,3	11,5	16,8	10,6
Produzierendes Gewerbe	1950	36,6	54,8	38,6	45,0	38,2	45,1
	1961	41,1	55,9	45,5	52,0	44,4	48,3
	1967	39,4	53,7	47,9	53,5	44,3	48,0
Tertiärer Sektor	1950	39,4	33,4	32,0	28,5	29,8	33,2
	1961	44,2	37,7	38,4	32,1	34,2	37,7
	1967	49,2	41,1	40,8	35,0	38,9	41,4

a) 1950: Erwerbspersonen. b) 1950 ohne Saarland und Berlin, 1961 und 1967 ohne Berlin.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1965, 1968.

Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 37 (1953).

Tabelle 10 korrigiert zunächst eine weitverbreitete Vorstellung: daß der Osten des Reiches vor 1939 sehr viel stärker als andere Regionen von der Landwirtschaft geprägt worden sei. Nur im Vergleich zu den hochindustrialisierten Regionen des Westens und der Mitte gilt diese Vermutung; schon der Nordwesten unterscheidet sich darin nur wenig, und der Südwesten sowie das rechtsrheinische Bayern zeigen sogar eine sehr viel höhere Quote agrarischer Bevölkerung. Erst bei der Unterteilung des Ostens verschiebt sich dieses Bild entscheidend: Pommern, Posen, Ostpreußen oder Mecklenburg weisen jeweils für sich genommen einen höheren Anteil agrarisch

Erwerbstätiger aus als Bayern oder der Südwesten. Das Ergebnis des Ostens wird also relativ stark durch den Berliner Raum und Schlesien bestimmt.

Die größte Verdichtung gewerblicher Arbeitskräfte findet sich bis 1939 im Westen und in der Mitte des Reiches. Der Südwesten gewinnt in der Weimarer Republik Anschluß an den Reichsdurchschnitt, um ihn dann bereits 1930 zu übertreffen – Ausdruck der dann besonders großen industriell-gewerblichen Dynamik dieses Gebiets. Der Osten und der Nordwesten liegen weit darunter und anders als Württemberg oder Baden gelingt es ihnen nicht, überdurchschnittliche industrielle Wachstumsimpulse zu entwickeln. Bayern nimmt zu jedem Stichjahr die letzte Position ein, doch kann es schon in der Zwischenkriegszeit dank besonders großer Zuwachsraten den Abstand zum übrigen Reichsgebiet nachhaltig verringern.

Der Tertiäre Sektor entwickelt sich sehr viel anders als der gewerbliche Bereich. Nicht jene Regionen mit der höchstentwickelten Gewerbestruktur (Sachsen, Rheinland, Westfalen) haben den größten Tertiärbereich, sondern zu jedem Zeitpunkt die industriell relativ schwach entwickelten Gebiete des Nordwestens und des Ostens. Im Falle des Nordwestens hat sich dieser Trend nach 1945 (Tabelle 11) fortgesetzt; die Beschäftigtenzahl des Tertiären Sektors übertrifft hier seit 1925 regelmäßig jene des produzierenden Gewerbes – desgleichen findet sich bis zur Gegenwart in keiner anderen Region. Zu erklären ist diese Sonderentwicklung aus der traditionellen Konzentration des Handels in den Hansestädten, dessen Umfang vor 1939 (Beschäftigte im Bereich Handel und Verkehr in Hamburg, Bremen und Lübeck) absolut jenen Südwestdeutschlands erreichte, obwohl die Bevölkerungszahl nur ein Drittel betrug. Wie die Hansestädte den hohen Anteil des Tertiärsektors in der Nordwestregion bestimmten, so Berlin jenen des Ostens, da die Reichshauptstadt nicht nur das überragende Handelszentrum östlich der Elbe war, sondern auch die größte Zusammenballung des öffentlichen Dienstes und sonstiger Dienstleistungen in Deutschland. Der Süden Deutschlands lag in der Entwicklung des Tertiärbereichs seit der Jahrhundertwende weit unter dem Niveau der anderen Regionen und selbst 1967 hatte sich daran nur wenig geändert, obwohl der Südwesten inzwischen eines der größten Industriegebiete geworden ist und Bayern sich anschickt, den Bundesdurchschnitt zu erreichen. Das Beispiel des Südwestens verdeutlicht, daß Handels- und Verkehrszentren zumeist traditionellen Standortmustern (Verkehrsgunst) folgen und in jüngster Zeit nur selten aus neu entstandenen Industriezonen herausgewachsen sind.

Tabelle 11 zeigt aber auch, daß sich im tertiären wie auch in den anderen Bereichen eine interregionale Annäherung vollzogen hat. Zwar hat Bayern nach wie vor den höchsten Prozentsatz an landwirtschaftlich Beschäftigten, führt der Westen mit dem Südwesten im Anteil der Erwerbspersonen in Industrie und Handwerk, und nimmt der Nordwesten auch in der Gegenwart die Spitzenposition im tertiären Bereich ein. Ungeachtet dieser erstaunlichen Konstanz in der Reihenfolge der Regionen über Jahrzehnte hinweg hat sich der Abstand zwischen den Gebieten verringert, so daß heute nicht mehr ein industriell hochentwickelter Westen dem Südosten gegenübergestellt werden kann. Dieser tendenzielle Ausgleich der Er-

werbsstrukturen bildet letztlich die Voraussetzung für eine Einebnung des im 19. Jahrhundert entstandenen Wohlstandsgefälles. Inwieweit das bereits eingetreten ist, wird eine der wichtigen Fragen bei der Dokumentation der Entwicklung des Sozialprodukts sein.

IV. Entwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt als die Zusammenfassung aller in einer bestimmten Zeiteinheit (Jahr) produzierten Güter und Dienste ist der umfassendste Ausdruck für die Wirtschaftskraft eines Landes oder einer Region und damit Gradmesser für den Wohlstand der Bevölkerung¹⁰. Die Quellen sind für diesen Bereich bis zum Zweiten Weltkrieg sehr viel dürftiger als im Falle der Bevölkerung oder der Erwerbsstruktur. Erst in den zwanziger Jahren führte das statistische Reichsamt die ersten (recht problematischen) Volkseinkommensberechnungen durch und erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte eine internationale Vereinheitlichung der Berechnungsmethoden und Begriffe. Angesichts dieser Situation ist es unvermeidlich, auf Schätzungen zurückzugreifen, die immer nur Annäherungswerte darstellen können.

Vergleichen wir zunächst das durchschnittliche jährliche Wachstum des realen Volkseinkommens bzw. (ab 1950) des realen Brutto sozialprodukts¹¹.

Tabelle 12: Wachstum des realen Sozialprodukts
pro Jahr in %

Zeitraum	insg. in %	je Einw. in %
1871/1890	2,5	1,5
1891/1913	3,3	2,0
1925/1938	3,1	2,4
1913/1938	1,5	0,9
1950/1968	6,2	5,2
1938/1968	3,5	2,5

Betrachtet man die Jahre 1913–1938 als zeitliche Einheit, so war es die Periode des niedrigsten Wachstums des Sozialprodukts im Zeitraum 1871–1968. Das Sozialprodukt lag 1938 nur um 40% über dem Stand des Jahres 1913; im Vergleich dazu hatte es sich in den zwei Jahrzehnten vor dem Weltkrieg verdoppelt. Dieses niedrige Gesamtwachstum verursachte der Erste Weltkrieg, dem es zuzuschreiben war, daß (auf gleichen Gebietsstand umgerechnet) erst 1926/27 der Stand von 1913 wieder erreicht wurde. Erst zwischen 1925 und 1938 beschleunigte sich erneut das Wachstum und ungeachtet des schweren Einbruchs der Weltwirtschaftskrise er-

¹⁰ Diese Aussage gilt nur mit Einschränkung, da neben der absoluten Höhe des Sozialprodukts dafür die Art der Verteilung und die Verwendung ausschlaggebend sind.

¹¹ Angaben 1871–1913 nach Walther G. Hoffmann, a. a. O., S. 453 ff. (Gebietsstand 1913); Angaben 1913–1938 berechnet nach Statistisches Jahrbuch 1941/42 (Gebietsstand 1937); Angaben 1938–1968 berechnet nach Statistische Jahrbücher für die BRD, Jg. 1954, 1968 und Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1969/2.

zielte es in diesen 13 Jahren eine Durchschnittsquote von 3,1%, das entsprach annähernd den Zuwachsraten der Vorkriegszeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg dann das Sozialprodukt wie nie zuvor in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von real 6,2% (je Einwohner 5,2%) hat sich in den letzten achtzehn Jahren das Volumen des Sozialprodukts verdreifacht und je Einwohner mehr als verdoppelt (Anstieg auf das 2,4fache). Dieses wirtschaftliche Wachstum – ausgelöst durch den Wiederaufbau, das reichliche Angebot qualifizierter Arbeitskräfte und eine nach oben gerichtete internationale Konjunktur – erreichte seinen Höhepunkt im Jahrzehnt wirtschaftlicher Rekonstruktion (1951/60 im Jahresdurchschnitt 7,8%) und hat sich in den sechziger Jahren merklich verlangsamt (1961/68 4,3%).

Nach diesen Hinweisen zum Gesamttrend des Sozialprodukts sollen die Änderungen zwischen den Regionen und Wirtschaftszweigen dokumentiert werden.

Tabelle 13 deutet darauf hin, daß sich zwischen 1913 und 1936 das regionale Wohlstandgefälle etwas verringert hat, da die ärmeren Gebiete (preußische Ostprovinzen mit Ausnahme von Berlin-Brandenburg, Hannover, Süddeutschland) in aller Regel schneller wuchsen als die höher entwickelten. Doch angesichts des vor 1913 entstandenen Gefälles bestanden auch noch 1936 große Unterschiede; so etwa, wenn das Pro-Kopf-Einkommen Posen-Westpreußens gerade die Hälfte des Berliner Einkommens erreichte. Süddeutschland machte den größten Sprung und erzielte 1936 das Durchschnittseinkommen des Westens, der seinerseits kontinuierlich zurückfiel, und bereits 1928 unter dem Reichsdurchschnitt lag. Die stürmische Entwicklung des Südens war vor allem Württemberg – dem expansivsten Gebiet des ganzen Reiches – dann aber auch Bayern zuzuschreiben. Württemberg, 1913 noch weit unter den damals entwickelteren Regionen, war 1936 zum Flächenstaat mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen geworden. Die 1913 herausragenden Gebiete Sachsen, Hessen, Rheinprovinz, Berlin und Hamburg gehörten 1936 immer noch zur Spitzengruppe, hatten aber relativ verloren.

Insgesamt bietet sich also das Bild eines schnell wachsenden Südens, eines bescheiden zunehmenden Ostens, einer stagnierenden Mitte, eines leicht rückläufigen Nordwestens und eines starken Rückfalls des wichtigsten deutschen Industriegebietes, des Westens. Neben konjunkturellen Ursachen – die Industriegebiete der Mitte und des Westens litten noch 1936 unter den Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise – waren dafür strukturelle Umschichtungen verantwortlich, die den Südwesten zu einer bevorzugten Wachstumszone werden ließen und das Gewicht der Gebiete mit sehr einseitiger Industriestruktur (Ruhrgebiet) oder mit wenig expansiver Verarbeitungsindustrie (Sachsen) verringerte. Ein spezielles Ergebnis bestätigt diese Trendänderung: Westfalen zählte mit seiner schwerindustriellen Monostruktur bereits vor der Weltwirtschaftskrise zu den ärmeren Regionen und lag 1936 sogar hinter Bayern. Dessenungeachtet galt aber auch 1936, daß in der Regel die Industriegebiete ein höheres Einkommen aufwiesen als die Agrarzonen. Davon wich 1913 wie 1936 nur Schleswig-Holstein ab, das dank einer ungewöhnlich günstigen Agrarstruktur zu den wohlhabenden Gebieten gehörte.

Tabelle 13: Das Volkseinkommen je Einwohner in den Regionen des Reiches^{a)}, absolut (Preise von 1928) und in % des Reichsdurchschnitts.

Region	1913		1928		1936		1913/1936 in %
	abs.	Reichs-Ø %	abs.	Reichs-Ø %	abs.	Reichs-Ø %	
Ost	1170	101	1210	102	1200	102	+ 3 %
davon							
Berlin-Brandenburg	1605	138	1566	132	1600	136	0 %
Pommern	874	75	921	78	976	82	+11 %
Ostprenußen	737	64	814	69	860	73	+16 %
Posen/Westpreußen	716	62	837	71	781	66	+9 %
Schlesien	915	79	993	84	891	76	-3 %
Mitte ^{b)}	1210	104	1280	108	1210	103	0 %
davon							
Königreich Sachsen	1361	117	1423	120	1270	108	-7 %
Provinz Sachsen	1062	91	1155	98	1161	99	+9 %
Thüringen	1070	92	1095	92	1087	93	+2 %
West ^{c)}	1210	104	1170	99	1120	96	-7 %
davon							
Westfalen	1115	96	1080	91	1045	89	-6 %
Rheinprovinz	1263	109	1218	103	1171	100	-7 %
Hessen	1220	105	1210	102	1150	98	-6 %
Nordwest ^{d)}	1280	110	1230	104	1260	107	-3 %
davon							
Hannover	1058	91	1069	90	1156	98	+9 %
Schleswig-Holstein	1158	100	1164	98	1192	101	+3 %
Hamburg	1995	172	1754	148	1746	148	-12 %
Sonstige	1150	99	1155	98	1155	98	0 %
Süd	1000	86	1090	92	1130	96	+15 %
davon							
Bayern	950	82	1041	88	1049	90	+11 %
Baden	1070	92	1135	96	1117	95	+ 4 %
Württemberg	1020	88	1183	100	1348	115	+32 %
Reich insgesamt	1160	100	1185	100	1173	100	+1 %

a) Grenzen 1934. b) Ohne Anhalt. Werte für Thüringen 1913 geschätzt. c) Ab 1928 einschl. Waldeck u. Hoheuzollern. d) Einschl. Mecklenburg; 1913 einschl. Waldeck und Anhalt. Zahlen für 1936 mit früheren Zahlen nicht voll vergleichbar wegen der Gebietsänderungen des Groß-Hamburg-Gesetzes.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40.

Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches Nr. 24, Berlin 1932.

Die Tabellen 14 und 15 dokumentieren die Entwicklung des Sozialprodukts nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit einem Gesamtzuwachs von 162% lag die Nordregion an letzter Stelle, dicht gefolgt von Nordrhein-Westfalen, das ebenfalls in den vergangenen sechzehn Jahren (1950/1966) nur unterdurchschnittlich gewachsen ist. Der Rückfall des Nordens, vor allem die Verarmung Schleswig-Holsteins im Vergleich zu den anderen Ländern, bedarf der Erklärung: Kein anderes Gebiet der Bundesrepublik wurde von der Teilung Deutschlands ähnlich getroffen wie der Norden, dessen Wirtschaftskraft (Handel und Verkehr der Hansestädte) zum großen Teil von der mitteldeutschen Industrie abhing. Der Rückfall Schleswig-Holsteins erklärt sich darüber hinaus aus der gegenüber der Vorkriegszeit geringeren Bedeutung des Agrarsektors für die Höhe des Wohlstands-Niveaus und dem besonders hohen Anteil an Flüchtlingen, für die zu wenig Arbeitsplätze vorhanden waren.

Der Westen erfreute sich bis 1955, in der Zeit des Wiederaufbaus, wegen seines schwerindustriellen Monopols des schnellsten Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik. Als dann aber der Energiemangel von Energieüberschuß abgelöst wurde (Kohlenkrise), fiel der Westen in den späten fünfziger Jahren zurück, so daß über das gesamte erste Jahrzehnt hinweg nicht diese Region, sondern der seit 1955 besonders dynamische Südwesten der Spitzenreiter des wirtschaftlichen Fortschritts war. Dem Westen folgte mit nur geringem Abstand die Mitte, die immer stärker ihre geographisch bedingten Standortvorteile ausnutzen konnte. Bayern überschritt im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik das Wachstum des Nordens nur unbedeutend, so daß sich bis 1960 das historisch bedingte Wohlstandsgefälle gegenüber dem Südosten erneut vertiefte.

Seit dem Ende der fünfziger Jahre haben sich diese Trends grundlegend verschoben. Die erste Wachstumszone (übereinstimmend mit der Wanderungsbewegung von Tabelle 5) wurde Hessen, gefolgt von Bayern, das jetzt durch Ansiedlung neuer Industrien das Einkommensgefälle immer mehr einebnen konnte und innerhalb von 11 Jahren (1955/1966) im Pro-Kopf-Einkommen von 85% auf 92% des Bundesdurchschnitts kletterte. An die letzte Stelle des Wachstums fiel im vergangenen Jahrfünft der Spitzenreiter der unmittelbaren Nachkriegszeit, der Westen; der Norden blieb weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt, während der Südwesten auch 1960/1966 zu den schnell wachsenden Gebieten zählte.

Die hier angedeutete Entwicklung hat die Wohlstandsunterschiede (Tabelle 15) im vergangenen Jahrzehnt sehr viel schneller als in der Zwischenkriegszeit verringert. Klammert man den Sonderfall der Stadtstaaten aus, so sind heute Hessen und Baden-Württemberg mit 105 bzw. 104% des Bundesdurchschnitts die wohlhabendsten Länder. Die Differenz zwischen ärmstem und reichstem Flächenstaat (Schleswig-Holstein bzw. Nordrhein-Westfalen) belief sich 1955 auf 68%, 1966 war sie (zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen) auf 29% abgesunken. Niemals zuvor war also das Einkommen so relativ gleichmäßig über die Regionen verteilt wie in der Gegenwart. Einer von mehreren Gründen sei hier erwähnt: Bis nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich an der Standortverteilung der deutschen Industrie, wie sie sich im 19. Jahrhundert entwickelt hatte, nur wenig geändert. Erst in den fünfziger Jahren

Tabelle 14: Das Wachstum des Bruttosozialprodukts in den Regionen der Bundesrepublik^{a)} (Preise von 1954)

Region	1950		1960		Veränd. 1950/60 in %	1966		Veränd. 1960/66 in %	Veränd. 1950/66 in %
	abs. (Mrd.)	% des Bundes- gebietes	abs. (Mrd.)	% des Bundes- gebietes		abs. (Mrd.)	% des Bundes- gebietes		
Nord	26,5	23,4	53,8	22,4	+104	69,0	21,9	+28	+162
West	36,5	32,6	79,0	32,9	+116	97,6	31,0	+23	+168
Mitte	15,6	13,9	33,4	13,9	+114	46,9	14,9	+40	+200
Südwest	15,2	13,6	36,0	15,0	+137	49,3	15,7	+37	+224
Südost	18,5	16,5	38,0	15,8	+105	52,4	16,6	+38	+184
Bundesgebiet	112,1	100	240	100	+115	315,2	100	+31	+180

a) Ohne Saarland und West-Berlin.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1964, 1968.

Tabelle 15: Das Bruttosozialprodukt in den Regionen der BRD^{a)} je Einwohner (absolut in DM und in % des Bundesdurchschnitts; laufende Preise)

Region	1950		1955		1960		1966		Veränderung 1950/1966 in %
	abs.	Bundes- % φ	abs.	Bundes- % φ	abs.	Bundes- % φ	abs.	Bundes- % φ	
Nord	2000	96	3560	98	5470	102	8250	102	+512
davon									
Nie.Sachsen	1670	80	3060	84	4650	87	7040	87	+250
Schl.Holstein	1490	72	2740	75	4330	81	6800	84	+355
Hamburg	3760	181	6000	165	9300	174	13930	172	+270
Bremen	3240	156	5120	140	7300	136	10250	127	+215
West	2450	117	4610	126	5850	109	8394	103	+245
Mitte	1900	91	3320	91	4960	93	7700	95	+305
davon									
Rh.Pfalz	1730	83	2970	80	4110	77	5673	81	+280
Hessen	2010	97	3580	98	5350	100	8460	105	+320
Südwest	2100	101	3680	101	5500	103	8424	104	+300
Südost	1760	85	3080	85	4710	88	7450	92	+322
Bundesgebiet	2080	100	3650	100	5350	100	8100	100	+290

a) Ohne Saarland und West-Berlin.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1964, 1968.

fand eine breitere industrielle Streuung statt, da nunmehr der Standort der Industrie nicht mehr von Rohstoffvorkommen (Ruhrgebiet), sondern von anderen Gesichtspunkten (Marktnähe, Freizeitwert) bestimmt wurde. Angesichts der vorgegebenen föderalistischen Ordnung der Bundesrepublik hatte die regionale Annäherung zur Folge, daß früher zurückgebliebene Regionen mit steigender Wirtschaftskraft auch ihren politischen Einfluß verstärken konnten. Nicht zuletzt aber bietet sich damit die Chance ausgeglichener Lebensbedingungen innerhalb des Bundestaates, die letztlich von der Wirtschaftskraft der Regionen bestimmt werden.

Nach der Darstellung regionaler Wohlstandsdifferenzen soll ergänzend noch die Aufbringung des Sozialprodukts nach Wirtschaftsbereichen dokumentiert werden (Tabelle 16). Die Perioden schneller Umschichtung zwischen den Wirtschaftsabteilungen fallen mit den Jahrzehnten besonders kräftigen Gesamtwachstums zusammen (1890/1913 und 1950/1968). Zeiten langsameren Wachstums (wie die Zwischenkriegsjahre) sind dagegen auch Perioden geringer Strukturveränderungen. Vor dem Ersten Weltkrieg stieg am schnellsten die Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes, dem eigentlichen Träger der industriellen Revolution, ebenso – aber mit sehr viel bescheideneren Zuwachsraten – in der Zeit zwischen den Weltkriegen.

Nach 1950, in den Jahren größten bisherigen Wirtschaftsfortschritts überhaupt, blieb der produzierende Bereich zwar weiterhin an der Spitze des Wachstums, seit 1960 hat sich jedoch das reale Wachstum des Tertiären Sektors jenem der Industrie beinahe angenähert (1960/68: 39% gegenüber 43%), so daß der Anteil der Industrie am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt in der Gegenwart stagniert und seit 1964 sogar leicht rückläufig ist. Legt man die nominalen, d. h. nicht preisbereinigten (in der Tabelle nicht ausgewiesenen) Werte zugrunde, so haben sich die beiden nichtagrarischen Wirtschaftsbereiche in ihrem Gewicht für die volkswirtschaftliche Wertschöpfung einander beinahe angeglichen – ja, es zeichnet sich dann ab, daß die Höhe des Sozialprodukts in der Zukunft stärker von den öffentlichen und privaten Dienstleistungen und der Distribution denn von der industriellen Produktion bestimmt wird¹³. Damit könnte sich einmal mehr bestätigen, was die Entwicklung der Beschäftigung bereits beweist: daß allmählich der Übergang von der Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft stattfindet, dessen Auswirkungen auf die heute dominierenden industriellen Verhaltensweisen noch nicht abzusehen sind.

Der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung sank in den letzten hundert Jahren kontinuierlich von 40% auf 5% ab. Bis 1888 war sie der bedeutendste Wirtschaftszweig gewesen und es mutet beinahe wie ein Symbol künftiger wilhelminischer Weltmachtspolitik an, daß gerade im ersten Regierungsjahr Wilhelm II., 1889, die weltweit orientierte Industrie die Landwirtschaft in ihrem ökonomischen Gewicht überflügelte. Die Wertschöpfung je Be-

¹³ Das geht z. T. darauf zurück, daß die Produktivitätsfortschritte im tertiären Bereich geringer waren als im sekundären, so daß hier das Preisniveau relativ schneller stieg als in der Industrie und damit auch der rechnerische Anteil am nominalen (nicht preisbereinigten) Sozialprodukt.

Tabelle 16: Beiträge der Wirtschaftsbereiche zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung im Reich^{a)} und in der Bundesrepublik^{b)} und Wertschöpfung je Beschäftigten

Jahr	Wertschöpfung ^{c)} insgesamt (Mrd. M)	Landwirtschaft		Produzierend. Gewerbe		Tertiärer Sektor		Wertschöpfung je Beschäftigten (Mark) ^{c)}			
		abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	alle Bereiche	Landwirt- schaft	Prod. Gewerbe	Tertiärer Bereich
1870	14,2	5,7	40,2	4,0	28,2	4,5	31,6	820	670	795	1180
1890	25,6	7,7	52,8	8,6	36,4	7,5	31,0	1050	810	1110	1420
1900	33,2	9,9	29,9	13,3	40,0	10,0	30,1	1300	1010	1430	1590
1913	48,5	11,3	23,2	21,8	45,0	15,4	31,8	1560	1050	1860	1800
1870/1890	+ 61	+35	.	+115	.	+ 62	.	+28	+21	+40	+20
1890/1913 in %	+104	+47	.	+154	.	+111	.	+49	+30	+67	+28
1925	45,5	7,2	15,7	22,1	48,5	16,2	35,8	1470	730	1790	1850
1938	68,0	10,3	15,2	35,6	52,3	22,1	32,5	1980	1140	2200	1980
1913/1938	a)	d)	.	d)	.	d)	.	+27	+ 9	+18	+10
1925/1938 in %	+49	+43	.	+60	.	+36	.	+35	+55	+23	+ 7
1950	113,1	11,8	10,4	53,5	47,3	47,8	42,3	5670	2380	6270	7300
1955	175,2	13,6	7,8	94,7	54,0	66,9	38,2	7660	3200	8900	8450
1959	217,0	15,0	6,9	118,1	54,4	83,9	38,7	8600	3950	10000	8890
1950/1959 in %	+92	+27	.	+120	.	+76	.	+52	+66	+59	+22
1960	255,0	16,1	6,3	141,9	55,7	97,0	38,0	9720	4440	11340	9700
1964	326,8	16,8	5,1	187,5	57,4	122,5	37,4	12040	5660	14190	11150
1968	356,9	18,9	5,3	203,6	57,0	134,4	37,7	13560	7180	16350	12000
1960/1968 in %	+40	+17	.	+43	.	+39	.	+40	+62	+44	+24

a) Jeweiliger Gebietstand. b) Bis 1959 ohne Saarland und West-Berlin. c) 1870–1939 Preise von 1913; 1950–1968 Brutto-Inlandprodukt, Preise von 1954. d) Vergleich nicht möglich wegen verschiedenen Gebietsstandes.

Quelle: 1870–1939 berechnet nach Walther G. Hoffmann, a. a. O., S. 454ff.

1950–1968 Statistische Jahrbücher für die BRD 1954–68; WWI-Mitteilungen, 22. Jg. (April 1969).

Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland

331

schäftigten differierte vor allem bis 1913 immer mehr von der Wertschöpfung der gewerblich Tätigen, bis sich dann in der Zwischenkriegszeit die noch heute annähernd gültige Relation von 1 : 2 zuungunsten der Landwirtschaft – verglichen mit dem nicht agrarischen Bereich der Volkswirtschaft – einpendelte. Obwohl diese Differenz nach 1950 wegen der schnellen Abwanderung vom Lande nicht mehr gewachsen ist (die Landwirtschaft wies nach dem Zweiten Weltkrieg die größten Produktivitätsfortschritte auf), wurde die damit gekoppelte Einkommensdisparität in den vergangenen Jahren zum Kernstück der Agitation des deutschen Bauernverbandes.

V. Verteilung des Volkseinkommens

Aspekte der Einkommensschichtung darzustellen, geschieht in der Absicht, einige Hinweise zur Frage der sozialen Schichtung – ergänzend zur Erwerbsstruktur – zu liefern. Wir verzichten hier auf eine regionale Unterscheidung, die das Quellenmaterial nur schwer gestatten würde. Dieser Verzicht mag auch damit gerechtfertigt werden, daß zum regionalen Wohlstandsgefälle bereits Material vorgelegt wurde und deshalb eine Aufteilung der Einkommensschichtung nach Ländern oder Provinzen keine wichtige zusätzliche Information bedeuten würde. Nirgends ist das Material unsicherer als hier, so daß Ergebnisse nur mit dieser Einschränkung zu verwenden sind.

Zwei Fragestellungen stehen bei der Einkommensverteilung gemeinhin im Vordergrund: die Frage nach der funktionalen Verteilung, d. h. der Aufteilung des Volkseinkommens auf Gruppen, die sich durch ihre Funktion im Wirtschaftsleben unterscheiden: Selbständige, Abhängige, Kapitalgesellschaften; zum anderen jene nach der Verteilung des Einkommens auf Einkommensklassen, wobei über die Zugehörigkeit zu einer Klasse allein die Einkommenshöhe, nicht aber Art und Herkunft des Einkommens entscheidet (personelle Einkommensverteilung). Die Fragen sind eng miteinander verflochten und erst die Antworten auf beide geben Hinweise zur Einkommensverteilung (und damit sozialen Schichtung) im 20. Jahrhundert.

Tabelle 17 zeigt die Verteilung der Privateinkommen auf Selbständige und Abhängige und im Vergleich dazu die Entwicklung der unverteilter Gesellschaftseinkommen bis 1939. Es überrascht nicht, daß die Einkommen der großen Kapitalgesellschaften sehr viel schneller als die privaten Einkommen gestiegen sind, da sich einmal ihr Anteil an den Gesamtumsätzen der Wirtschaft vergrößert hat (Entstehung der großen Konzerne), zum anderen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik starke Anreize zur Selbstfinanzierung der Kapitalgesellschaften (steuerliche Diskriminierung der Dividendenausschüttung) geschaffen hat. Diese Privilegierung der Kapitalgesellschaften stand zwar der Mittelstandspropaganda diametral entgegen, entsprach aber voll und ganz der Logik der Wiederaufrüstungspolitik.

Den stärksten Einbruch erfuhren durch und nach dem Weltkrieg die Einkommen aus Kapitalvermögen (Zinsen, Dividenden). Die Inflation hat den Typ des

Tabelle 17: Verteilung der Privateinkommen und unverteilte Gesellschaftsgewinne im Reich^{a)}
(Preise von 1928)

Jahr	Privateinkommen in Mrd. M	davon in %				Unverteilte Gesellschaftsgewinne	
		Selbständ. Einkommen	Einkommen aus Vermögen und Vermietung	Löhne u. Gehälter	Renten, Unterstützungen	abs. (Mrd. M)	% des VE
1913	66,1	38	15,1	47,7	3,2	1,8	2,6
1925	62,5	29	3,0	58,5	9,5	1,0	1,5
1928	72,7	24,8	4,9	58,7	11,5	1,5	1,7
1933	61,6	21,5	6,5	54,2	17,7	0,9	1,3
1936	76,3	25,5	5,9	56,3	12,3	2,3	2,9
1939	100,0	27,7	5,1	54,5	11,6	5,0	5,3
Veränd. 1925/39 in %	+51	+54	+170	+50	+93	+430	

a) Gebietsstand 1934; ab 1936 einschl. Saarland.

Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1934, 1939/40, 1941/42.

Rentiers ebenso beseitigt wie einen großen Teil der Vermögenswerte des freiberuflichen und abhängigen Mittelstandes. Demgegenüber erhöhten sich in der Weimarer Republik die Anteile der Löhne, Gehälter und Renten zunächst dank gewerkschaftlicher Aktivität relativ schnell, bis 1925 sogar schneller als die Selbständigeneinkommen. Über den Zeitraum 1925/1939 hinweg, vor allem nach 1933, stiegen die Selbständigeneinkommen allerdings sehr viel schneller: die Einkommen der selbständigen Agrarier um 39%, der gewerblich Selbständigen um 71% (!), der Abhängigen dagegen nur um 32%. Das Verhältnis der beiden Einkommensgruppen hat sich – vom krisenbedingten Sonderjahr 1933 abgesehen – bis 1939 deutlich zugunsten der Selbständigen verschoben, wie ein Vergleich der Durchschnittseinkommen beweist:

Tabelle 18: Privateinkommen 1913–1939¹⁸⁾ (in Mark, Preise von 1938)

Jahr	je Selbständigen	je abhängige Erwerbspersonen	Einkommen der Abhängigen in % der Selbständigen
1913	4700	1870	40 %
1925	3540	1710	48 %
1933	2500	1520	61 %
1939	5750	2260	40 %

Die Abhängigen-Einkommen fielen vor allem in der nationalsozialistischen Zeit zurück, wie auch die sinkende Lohnquote (Tabelle 17) verdeutlicht. Der Rüstungsboom kam vor allem den Unternehmen zugute und das Einkommen der Landwirte wurde durch gezielte Staatshilfen abgestützt. Kaum ein anderes Faktum

¹⁸⁾ Berechnet nach Angaben in den Statistischen Jahrbüchern des Deutschen Reiches 1934, 1941/42 und 1921/22. Das Einkommen für 1913 wurde auf die Erwerbsstruktur von 1907 bezogen, so daß das Einkommen der Abhängigen für 1913 etwas überhöht ist.

verdeutlicht besser die arbeiterfeindliche Politik des Regimes als die Gegenüberstellung dieser Einkommensreihen.

Tabelle 19 dokumentiert die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik. Die sechziger Jahre unterscheiden sich von der Periode des Wiederaufbaus nicht nur im verlangsamten Gesamtwachstum des Volkseinkommens. Das reichliche Angebot an Arbeitskräften bewirkte bis etwa 1960 neben großen Zuwachsraten auch überdurchschnittliche Unternehmergewinne, während die Arbeitnehmerinkommen je Beschäftigten sehr viel bescheidener anstiegen. Die Lohnquote, d. h. der Anteil aller Abhängigeneinkommen am Volkseinkommen, blieb deshalb 1950/59 beinahe unverändert, obwohl der Anteil der Arbeitnehmer an der Zahl der Gesamtbeschäftigten von 72% auf 78% anstieg (Tabelle 8). Erst ab 1960, nach dem Ende der Wiederaufbauperiode und dem Durchbruch zur Vollbeschäftigung, verstärkte sich die Marktmacht der Abhängigen: Zwischen 1960 und 1968 erhöhte sich das Einkommen je Arbeitnehmer um 78%, jenes der Selbständigen¹⁴ um 75%, die Lohnquote kletterte von 61% auf 65%. Damit erfolgte im vergangenen Jahrzehnt eine – wenn auch bescheidene – Korrektur zugunsten der Abhängigen, doch konnte bislang der relative Vorsprung der Selbständigen aus den vorausgegangenen Jahren nicht ausgeglichen werden. Insgesamt hat sich somit die Einkommensverteilung zwischen 1950 und 1968 tendenziell zugunsten der Unternehmer und Freiberuflichen verschoben.

Tabelle 19: Verteilung des Volkseinkommens in der BRD^{a)} (laufende Preise)

Jahr	Volkseinkommen (Mrd. DM)	davon Einkommen aus unselbständiger Arbeit			davon Privateinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen		
		insgesamt (Mrd.)	% des VE	je Arbeitnehmer (DM)	insgesamt (Mrd.)	% des VE	je Selbständigen (DM)
1950	75	44	58,7	3 200	50	40,3	9 700
1955	139	82	59,0	4 850	53	38,2	16 700
1959	194	117	60,3	6 500	72	37,1	22 200
1950/59 in %	+159	+166	.	+97	+140	.	+136
1960	230	140	60,8	6 900	86	37,4	26 200
1965	345	226	65,5	10 500	114	33,0	38 000
1968	403	261	64,8	12 500	136	33,8	45 400
1960/68 in %	+75	+86	.	+78	+58	.	+73

a) Ab 1960 einschl. Saarland und West-Berlin.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1961, 1968; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 21. Jg. (1969), Nr. 3 und 4; WWI-Mitteilungen, 22. Jg. (1969), Nr. 4.

Angaben zur Schichtung der Einkommen (personelle Einkommensverteilung) lassen sich auf dem Umweg über die Steuerstatistik gewinnen. Die folgenden An-

¹⁴ Die Vermögenseinkommen werden hier den Selbständigen zugerechnet. Dieses Verfahren verzerrt das Bild etwas zugunsten der Selbständigen, da ein Teil der Vermögenseinkommen auch Arbeitnehmern zugute kam.

gaben verzichten angesichts der sehr unterschiedlichen Erfassung der Einkommen auf absolute Zahlen, deren Vergleich zudem nur wenig besagen würde. Gefragt wird vielmehr nach den Anteilen einzelner Einkommensgruppen am Gesamteinkommen. Hier heißt das konkret: Welcher Prozentsatz wurde jeweils vom oberen Zehntel der Einkommensbezieher vereinnahmt, wie hoch war die Quote einer mittleren Schicht von durchschnittlich 40% und welcher Anteil verblieb der unteren Einkommensklasse (etwa 50% der Einkommensbezieher)?

Tabelle 20: Einkommensschichtung im Reich bzw. der BRD¹⁵

	1913			1928			1936			1950			1961		
% der Einkommensbezieher	10	40	50	10	40	50	10	40	50	10	40	50	10	40	50
% des Gesamteinkommens	40	36	24	37	38	25	39	43	18	34	46	20	38	40	22

Dem oberen Zehntel aller Einkommensbezieher verblieben danach 1913 40% und 1961 38%. Nur im Jahr 1950 war die Quote infolge des gesamtwirtschaftlichen Tiefs signifikant abgesunken (Unternehmereinkommen, die zumeist mit hohen Einkommen identisch sind, reagieren auf Konjunkturbewegungen besonders empfindlich). Über die Jahrzehnte hinweg zeigt sich hier eine überraschende Stabilität des Anteils der „Oberklassen“ und damit auf der anderen Seite eine nur geringfügige Verschiebung zugunsten der übrigen 90% der Einkommensbezieher.

Teilt man diese 90% in eine mittlere und eine untere Klasse, so zeigen sich hier im zeitlichen Ablauf gewisse Verschiebungen zugunsten der ersteren. Der Anteil der unteren Klasse ist eher etwas geringer geworden, genauer: entfielen auf die unteren 50% 1913 24% des volkswirtschaftlichen Privateinkommens, so 1961 22%. Aufschlußreich ist ein Vergleich von 1928 und 1936, insofern sich hier sehr deutlich die wirtschaftliche Diskriminierung der Unterklassen zeigt (Rückgang von 25% auf 18%). Nach 1950 fand vor allem eine Verschiebung von den mittleren zu den hohen Einkommen statt, während die Unterklasse ihren Anteil leicht erhöhen konnte. Für die Zeit nach 1961 steht kein Material zur Verfügung¹⁶, doch dürften die unteren und mittleren Einkommen etwas stärker als die oberen gestiegen sein.

Abschließend seien noch zwei Aspekte der Einkommensverteilung innerhalb der Gruppe der Abhängigen herausgegriffen: das Verhältnis von Arbeitern und Ange-

¹⁵ 1913 und 1928 berechnet nach Angaben im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42. Damit nicht voll vergleichbar die Angaben für 1936 und 1950, da bei letzteren die Rentnereinkommen fehlen und die Arbeitslosen-Einkommen hinzugefügt wurden. Siehe hierzu H. Spilker, Versuch eines Vergleichs der Einkommensschichtung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 und im Deutschen Reich 1936, in: *Wirtschaft und Statistik* 1954, S. 461. Die Angaben für 1961 wurden mit Hilfe der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik berechnet.

¹⁶ Die Ergebnisse der Einkommenssteuererhebung 1965 erscheinen erst im Laufe des Jahres 1969. Erste Hinweise in: *Erste vorläufige Ergebnisse der Einkommensteuer-Statistik* 1965, in: *Wirtschaft und Statistik* (Jg. 1968), S. 563 f.

stelleneinkommen einerseits und das der Männer- zu den Fraueneinkommen andererseits. Gerade die erste Frage ist für das Problem sozialer Differenzierung hochwichtig, da sie Aufschluß darüber gibt, ob dem ungeschwächten Eigenbewußtsein der Angestellten auch eine materielle Distanz gegenüber dem Arbeiter entspricht.

Tabelle 21a: Entwicklung der Arbeiter- und Angestellteneinkommen im Reich
(jeweilige Preise, Mark)

Jahr	jährliches Einkommen je Arbeiter	jährliches Einkommen je Angestellten	Arbeiter-Einkommen in % d. Angestellten-Einkommen
1930	1560	2580	61
1935	1260	2280	55
1939	1530	2700	57

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42.

Im Jahrzehnt vor dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich das Einkommensgefälle zugunsten der Angestellten, da die Arbeiterlöhne in der Weltwirtschaftskrise stärker absanken. Insgesamt war die Verschiebung aber nicht allzu spektakulär. Der entscheidende Wandel trat erst nach 1950 ein, als sich innerhalb von 15 Jahren das Verhältnis der Arbeiter- zu den Angestellten-Einkommen bei den Männern von 72% auf 84% und bei den Frauen von 74% auf 87% verschob. Nimmt man Männer und Frauen zusammen, erreichten die Arbeiterlöhne 1966 sogar 94% des Niveaus der Angestelltegehälter. Das Gefälle zwischen diesen beiden Arbeitnehmergruppen hat sich demnach so stark eingeebnet, daß die Einkommenshöhe immer weniger ein soziales Schichtungsmerkmal darstellt. Das scheinbare Paradoxon stärkerer Nivellierung bei Männern und Frauen insgesamt gegenüber der jeweiligen Entwicklung bei den einzelnen Geschlechtern hat seine Ursache in der schnellen Zunahme (schlechter verdienender) weiblicher Angestellter, wohingegen das Verhältnis Männer zu Frauen bei den Arbeitern relativ stabil blieb¹⁷.

Tabelle 21b: Entwicklung der Arbeiter- und Angestellteneinkommen im Bundesgebiet^{a)}
(jeweilige Preise)

Jahr	Männer			Frauen			Zusammen		
	1 Arbeiter	2 Angestellte	1 in % von 2	1 Arbeiter	2 Angestellte	1 in % von 2	1 Arbeiter	2 Angestellte	1 in % von 2
1951	4050	5620	72	2360	3190	74	3070	4920	63
1958	5960	7660	78	3590	4450	81	5550	6150	90
1966	11550	13600	84	7200	8500	87	10500	11200	94
1951/66 in %	+180	+142	.	+202	+160	.	+242	+127	.

a) Arbeiter nur Industrie; Angestellte: Industrie, Handel und Verkehr.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die BRD 1954, 1959 und 1968.

¹⁷ 1951 betrug das Verhältnis Männer zu Frauen bei den Angestellten 4 : 3, 1966 1 : 1, bei den Arbeitern blieb diese Relation unverändert bei 3 : 1.

Tabelle 21 b zeigt auch das relativ schnellere Wachstum der Frauen- im Vergleich zu den Männer-Einkommen. Damit verkürzte sich die geschlechterspezifische Differenz, wenn auch bislang viel weniger als die soziale zwischen Arbeitern und Angestellten.

Tabelle 22: Einkommen der Frauen- in % der Männer-Einkommen bei Arbeitern und Angestellten

Jahr	Arbeiter	Angestellte
1951	58	57
1958	60	58
1966	64	61

Die Nivellierungstendenz war bei den Arbeitern stärker als bei den Angestellten, möglicherweise deshalb, weil hier die Qualifikationsunterschiede zwischen den Geschlechtern geringer geworden sind. Nach wie vor aber beträgt das Durchschnitts-Einkommen der Frauen weniger als zwei Drittel der Männer. Das dürfte nur zum Teil auf Qualifikationsdifferenzen beruhen, zusätzlich aber seine Ursache in der überkommenen, bis heute nicht überwundenen Diskriminierung der Frau im Wirtschaftsleben haben.

Als Bilanz der verschiedenen Tendenzen der Einkommensverteilung bleibt die Tatsache relativer Konstanz im Verhältnis der einzelnen Klassen, die auch bei vorsichtiger Würdigung der These einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ konträr entgegensteht. Wenn es richtig ist, daß die Einkommensschichtung einer der wichtigsten Indikatoren sozialer Differenzierung ist, so hat sich in dieser Hinsicht am gesellschaftlichen Gefüge seit Beginn des Jahrhunderts weniger verändert als gemeinhin vermutet wird. Gravierend waren nur die Umschichtungen innerhalb der Arbeitnehmer mit dem vorläufigen Ergebnis einer relativ großen Annäherung zwischen Arbeitern und Angestellten und einer sehr viel bescheideneren zwischen den Geschlechtern.

VI. Ergebnisse

1. Alle Indikatoren – Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsstruktur, Sozialprodukt – deuten darauf hin, daß die Perioden schnellen Wachstums und starken sozialen und wirtschaftlichen Wandels seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert einmal mit den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, zum anderen mit den letzten 20 Jahren zusammenfallen. Die Zwischenkriegszeit war demgegenüber eine Spanne nur bescheidenen Wirtschaftswachstums und geringer sozialer und wirtschaftlicher Strukturveränderungen.
2. Das regionale Gefälle in bezug auf Wirtschaftskraft, Wohlstand, Industrialisierungsgrad, Bevölkerungsgewicht und Verstädterung hat sich vor dem Ersten Weltkrieg verstärkt. Industrialisierung schuf oder vergrößerte sozioökonomische Ungleichgewichte und damit soziale und innenpolitische Spannungen.

Nach dem Ersten Weltkrieg zögernd und verstärkt dann nach 1950 verringerten sich die Unterschiede zwischen dem Osten und Westen einerseits und dem Süden und Norden andererseits. Damit schwächen sich möglicherweise auch politische Regionalismen ab, insoweit sie Reflex sozialen und wirtschaftlichen Gefälles waren.

3. Sozialer und wirtschaftlicher Wandel bedeutete seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Wandel von der Agrar- zur Industrie- und in jüngster Zeit zur Dienstleistungsgesellschaft. Die beherrschende Sozialfigur war noch vor einem Jahrhundert der selbständige Bauer und Handwerker, dann bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein der Industriearbeiter, in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg (beginnend aber bereits in der Weimarer Republik) wurde es immer stärker der Angestellte als Repräsentant einer – zumindest seinem Selbstverständnis nach – neuen Mittelschicht
4. Soziale Mobilität und wirtschaftliche Umstrukturierung änderten bislang, gemessen an der Einkommensverteilung, nur wenig am Klassengefüge der Gesellschaft. Signifikant war allein die materielle Annäherung innerhalb der Abhängigen (den Arbeitern einerseits und der neuen „Mittelklasse“ der Angestellten andererseits); die Distanz zwischen oben und unten, hohen und niedrigen Einkommen, den Einkommen der Selbständigen und jenen der Abhängigen hat sich demgegenüber in den vergangenen Jahrzehnten weniger als häufig angenommen verschoben. Derartige soziale Konstanz stehen also der Dynamik des Wandels gegenüber.